Warmbrunner Nachrichten

Unparteiische Tageszeitung für das Riesengebirge.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen. — Bezugspreis: Wöchentlich 35 Pfg., monatlich 1,45 Mk., durch die Post 1,40 Mk. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik haben die Bezieher kein Anrecht auf Nachlieferung.

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Petitzeile 15 Pfg., für auswärtige Inserenten 25 Pfg., die 3-gespaltene Reklame-Zeile 75 Pfg. bezw. 1.— Mk., tabellarischer Satz bis 100 Prozent Zuschlag. Etwaiger Rabatt wird hinfällig, wenn der Betrag nicht innerhalb 3 Tagen nach Rechnungserhalt bezahlt ist, ebenso erlischt derselbe bei Konkurs od. gerichtl. Beitreibung.

Schriftleitung: Paul Fleischer, Druck und Verlag: Paul Fleischer, Bad Warmbrunn, Voigtsdorfer Straße 3. Fernsprecher 115. Postscheckkonto: Nr. 6746 Breslau.

Nummer 265. Donnerstag, den 11. November 1926. 45. Jahrgang

Lokales und Provinzielles.

Merkblatt für den 11. November.

Sonnenaufgang	7^{0}	Mondaufgang	12^{51} N.
Sonnenuntergang	4^{18}	Monduntergang	9^{10} N.

1821 Der Dichter Fjodor Dostojewski geb. — 1855 Der dänische Schriftsteller Sören Kierkegaard in Kopenhagen gest. — 1884 Der Naturforscher Brehm gest. — 1918 Waffenstillstand zwischen Deutschland und der Entente.

□ **Warnung vor Zuzug nach der Türkei.** Trotz der Warnung vor Zuzug nach der Türkei wandern immer noch zahlreiche Deutsche nach der Türkei aus und suchen insbesondere in der Nähe von Angora Verdienst. Von unterrichteter Seite wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Arbeitsgelegenheiten in der Türkei außerordentlich schlecht sind und daß sich z. B. zurzeit 900 italienische Arbeitslose in der Umgegend von Angora aufhalten. Die Arbeitslosen in der Türkei werden nicht nur sehr schlecht behandelt, sondern es wird außerdem versucht, ihnen Steuern abzunehmen. Wenn sie die Steuern nicht zahlen, werden sie von den türkischen Behörden eingesperrt.

□ **Postsendungen an entlassene Gefangene.** Eine allgemeine Verfügung des preußischen Justizministers besagt: Wenn nach der Entlassung eines Gefangenen für ihn bei der Gefangenenanstalt eine Postsendung eingeht, so ist die Nachsendung an die neue Adresse durch die Post in der allgemein üblichen Weise zu veranlassen, jedoch sind zuvor in der Anschrift der Sendung alle Angaben, die den vorherigen Aufenthalt des Empfängers in der Gefangenenanstalt erkennen lassen könnten, durch Überkleben oder Durchstreichen derart unlesbar zu machen, daß unbeteiligte Personen von dem Anstaltsaufenthalt des Empfängers keine Kenntnis erhalten. Der Reichspostminister hat sich mit diesem Verfahren einverstanden erklärt und die Postanstalten verständigt.

□ **Die Leerungszeit der ländlichen Briefkästen.** An den ländlichen Briefkästen, mit Ausnahme der an den Postagenturen angebrachten, ist nicht zu ersehen, wann die nächste Leerung stattfindet. Allerdings sind kleine Zinkblechplatten eingeschoben, auf denen Vor- und Nachmittag ohne Angabe des Wochentages als nächste Leerungszeit vermerkt sind. Da die Landbriefträger je nach dem Umfang der Bestellung und den längeren oder kürzeren Wegen zu den jeweiligen Postempfängern bald früh, bald spät zu den Briefkästen kommen, manchmal zwei bis drei, wenn nicht mehr Stunden, später als an bestellungsschwachen Tagen, weiß der Landbewohner nie zuverlässig, wann der ihm nächste Briefkasten geleert wird, ob heute oder morgen. Bei Prüfung der Angelegenheit ist die Reichspostverwaltung zu der Auffassung gelangt, daß es sich um einen berechtigten Wunsch handelt, dessen baldiger Erfüllung keine Bedenken entgegenstehen, zumal es mit der geplanten allgemeinen Neuregelung noch gute Wege hat. Über diesen Plan, der eine Beschleunigung der ländlichen Postbestellung durch Verwendung von Kraftwagen zur Heranführung der Post von der Eisenbahn zu den Postagenturen und Posthilfsstellen in Aussicht nimmt, sollen erst im Dezember die eingeforderten Gutachten der Oberpostdirektionen entscheiden. Mit den Versuchen soll nicht vor dem Finanzjahr 1827/28 begonnen werden. Man ist im Reichspostministerium der sehr begründeten Meinung, daß angesichts der außerordentlich großen Verschiedenheit der ländlichen Besiedelungs-, Verkehrs-, Wirtschafts- und sonstigen Lebensverhältnisse eine sorgfältige Prüfung und Erwägung am Platze ist, die noch geraume Zeit in Anspruch nehmen wird. Die nun erreichte Angabe der Leerungstage an den Briefkästen ist eine dankenswerte, wenn auch kleine Abschlagszahlung an die von der Post nicht verwöhnte Landbevölkerung.

---

* **Die Vereinigung der Haus- und Grundeigentümer im Riesengebirge 1926 E. V.** hielt am gestrigen Dienstag in der „Flotte" seine 3. Mitgliederversammlung ab, die sehr gut besucht war. Der Vorsitzende, Herr Direktor Karpe, begrüßte die Teilnehmer, besonders die neuen Mitglieder und teilte mit, daß dem Verein bereits 84 Mitglieder angehören. Zu Punkt 1.: Organisationsfragen, wurde beschlossen, die Sache zu vertagen. Zu Punkt 2: Hauszinssteuer, machte der Vorsitzende in längeren Ausführungen auf den Erlaß derselben in verschiedenen Fällen aufmerksam. Die Geschäftsstelle ist jederzeit bereit, den Mitgliedern mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Zu Punkt 3: Kommunales kam der Verkauf des Hotels „Zur Linde" an die Gemeinde zur Sprache. Man bedauerte, daß ein solch modernes Hotel dem Fremdenverkehr durch den Ankauf seitens der Gemeinde entzogen werde, umsomehr, als durchaus kein Ueberfluß an guten Gaststätten hier vorhanden sei. Die Gemeinde kostet dieser Ankauf ein schönes Stück Geld, denn mit den 50 000 Mk., die das Hotel kostet, ist es nicht abgetan, da durch den Umbau der oberen Stockwerke zu Wohnungen noch etwa weitere 20,000 Mk. Kosten hinzukämen. — Des weiteren wurde über die Wasserversorgung Unter-Herischdorfs durch unser Wasserwerk debattiert und zur Vorsicht über die Erweiterung ermahnt, da durch diese die Rentabilität in Frage gestellt würde, denn die Kosten dürften nicht unter 100 000 Mk. zu veranschlagen sein. Die Rentabilität ist schon deshalb in Frage gestellt, weil für Herischdorf keine Verpflichtung für die Hausbesitzer besteht, sich der Wasserleitung anzuschließen, wie dies in Warmbrunn der Fall ist. Dahingegen ist die Wasserversorgung des unteren Teiles von Herischdorf durch die vom Kreise in Aussicht genommene Fernwasserleitung in nicht allzu langer Zeit möglich. Zu Punkt 4: Reichsbewertunggesetz, mahnte der Vorsitzende zur Vorsicht bei Reklamationen, auch werde viel Mißbrauch bei der Einschätzung getrieben. Auch hier ist die Geschäftsstelle jederzeit mit Rat und Tat zur Hand. Zu Punkt 5: Haftpflichtversicherung, wurde bekannt gegeben, daß in den nächsten Tagen den Mitgliedern Antragsformulare zugestellt werden. Zu gleicher Zeit werden die Vereinsbeiträge einkassiert werden. Die Mitglieder wurden gebeten, dieselben bereit zu halten, damit unnötige Laufereien des Boten vermieden werden. Unter Punkt Verschiedenes wurde auf die neue Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft hingewiesen, durch welche denjenigen Hausbesitzern und deren verheirateten Familienmitgliedern, die bisher nicht im eigenen Hause Wohnung haben, das Recht zusteht, bei Freiwerden einer Wohnung im eigenen Hause, diese für sich in Anspruch zu nehmen. Ferner wurde darauf hingewiesen, das ein Untervermieten von Räumen seites der Mieter künftig nur mit Genehmigung des Hausbesitzers erfolgen darf. In einigen Ländern hat man dem Hauswirt die Berechtigung zugesprochen, bei Untervermietung einen bestimmten Prozentsatz auf die Miete zu schlagen. Um der Wohnungsnot endlich den Garaus zu machen, ist man auf den „genialen" Einfall gekommen, zu den allergrößten, größten, großen, mittleren und kleinen noch allerkleinste Wohnungen zu bauen, d. h. eine kleine Stube mit einem Loch, in das man einen sogen. Ofen stellen kann. Auch die neue Erwerbslosenfürsorge wurde gestreift, die monatlich 80 Millionen verschlingt. Aufmerksam gemacht wurde auf die Verpflichtung zur Rinnsteinreinigung, deren Nichtbefolgung u. U. hohe Strafen nach sich zieht. Auch auf den Schutz der Wassermesser vor Einfrieren wurde hingewiesen. Dann wurde noch ein Antrag gestellt, der Vorstand wolle bei der Gemeinde dahinwirken, daß das Wasser geld wieder — wie vor der Inflation — nach Ablesen des Wassermessers und nicht im Voraus bezahlt werde. Der Vorstand wird eine diesbezügliche Eingabe machen. Auch die hohen elektrischen Lichtkosten wurden bemängelt. Sie wurden seitens eines Mitgliedes damit begründet, daß zu viel Strom bei den Außenleitungen verloren gehe. Durch eine kürzlich erfolgte Revision der Leitungen sei der Stromverlust bereits 50 Prozent vermindert worden und man hofft, ihn noch weiter herabzudrücken. Jeder Stromverbraucher möge aber darauf achten, daß Außenleitungen frei von Pflanzen bleiben, die bei Nässe viel Strom in die Erde leiten. Bei weiterer Verminderung des Stromverlustes ist eine Herabsetzung der Strompreise zu erwarten. Nach Beschluß der Versammlung finden die Versammlungen künftig jeden 2. Dienstag im Monat statt. — Schluß der Versammlung um 10,30 Uhr.

Tallsackmarkt in Zerbst.

Aus Zerbst geht uns nachstehender Bericht zu:

Die Schlesier-Vereinigung Zerbst und Umgegend veranstaltete am vorigen Sonnabend einen „Tallsackmarkt in Bad Warmbrunn", der für das sonst an und für sich sehr vergnügungsreiche anhaltische Städtchen in Dessau Nähe eine ganz besondere Veranstaltung war. Selbstverständlich war der Andrang der Marktbesucher ein ganz kolossaler, sodaß die Räume des Gesellschaftshauses „von Rephuns Garten" viel zu klein waren. Die Schlesier-Vereinigung hatte alles aufgeboten, um mit diesem Fest einen vollen Erfolg einzubringen. Da waren Verkaufsbuden verschiedenster Art, in denen schlesische Würstel, echte Warmbrunner Tallsäcke, Bauernbissen usw. aus der Konditorei Hubrich, Bad Warmbrunn, schlesischer Streußelkuchen und Holzwaren der schlesischen Industrie (bezogen von der Firma Schäfer in Hirschberg) feilgeboten wurden.

Der Markt wurde geräumt, und das doppelte Quantum an Waren hätte bestimmt Absatz gefunden. Landsmann Gärtnereibesitzer Beuchel stiftete mit Kunstgärtner Landsmann Seiler zusammen eine Anzahl schönster Topfpflanzen und Schnittrosen, die ausgewürfelt wurden.

Im großen Saale war eine Kurpromenade und eine Restaurations-Terrasse gebaut, davor eine Freilichtbühne. Der Vorsitzende des festgebenden Vereins, Dentist Hering, spielte den Bürgermeister von Bad Warmbrunn, der Schriftführer, Propagandist Skrobotz, spielte den Vertreter des Warmbrunner Verkehrsvereins, der gleichzeitig als Direktor des Schlesischen Heimatmuseums auftrat. Ein Warmbrunner Schutzmann und ein Feuerwehrmann ergänzten den Kreis der Veranstalter und begrüßten in humorvoller Weise die vielen Marktbesucher.

Darauf wurde der Markt eröffnet. Die Kurkapelle spielte Märsche und schöne Weisen. Bald entwickelte sich ein buntes Leben und Treiben. Die Tallsäcke waren innerhalb einer Stunde ausverkauft. Drehorgeln, Radschnarren, Pfeifen, Klappern und andere Geräusche verkündeten schon von weitem einen flotten Marktbetrieb. Plötzlich kamen noch Bänkelsänger und gaben in humoristisch-drastischer Weise ein Gastspiel. Ein Zirkus mit einem Elefanten, Löwen, Affen und anderen Tieren, sowie einem ganz originellen Clown ließ die Zuschauer nicht aus dem Lachen kommen.

Um 10 Uhr abends begannen auf der Freilichtbühne die Festspiele, die aus dem Erscheinen Rübezahls, einem Prolog und aus dem bekannten schlesischen Theaterstück „Wenzel Hannes" oder „Ei dar Summerfrische" bestanden. Während der Umbauten auf der Bühne sang das Doppelquartett des „Männerchor" einige recht schöne Lieder über die Treue zur Heimat. Bevor im Kurhause der Tanz einsetzte, war Gelegenheit zu einer Reise ins Riesengebirge, durch die vom Landsmann Photograph Halm (aus Hirschberg) auf dem Aussichtsturm aufgestellte Kamera. Die Badeverwaltung Warmbrunn hatte liebenswürdigerweise eine Anzahl Bücher über Warmbrunn und den Tallsackmarkt gestiftet, die reißenden Absatz fanden. Herrn Badinspektor Nave in Bad Warmbrunn gebührt auch großer Dank für seine Bemühungen, uns das Material beschafft zu haben. Beim Tanz im Kurhause gab es ein buntes Trachtenfest. Wir sahen alte und neue schlesische Trachten, Uniformen, Touristen mit Rucksäcken und Rodelschlitten, Stubenmädchen der Gräfl. Schaffgotsch'schen Schlösser usw. Auf der Polizeiwache waren vom Schutzmann viele Verhaftete eingeliefert, die auf der Anklagebank mit schlesischem Korn aus dem „Schlesier-Fläschchen" bestraft wurden.

Wie lange der ganze „Teebs" gedauert hat, darüber schweigen wir lieber. Jeder sagt: „Das war wirklich schön."

Querseiffen, 9. November. Auf eigene Art vom Tode ereilt wurde Frau Ritter von hier. Sie fällte einen Baum, der beim Fallen mit dem Wipfel auf die elektrische Hochspannung aufschlug, wodurch Kurzschluß entstand. Der Draht zerschmolz und traf beim Herabfallen des einen Endes Frau R. Der Ehemann, der seiner Frau helfen wollte, wäre dabei beinahe auch noch ums Leben gekommen.

Boberstein, 9. November. Als die einer kranken Frau verordnete Medizin, in der sich etwas Morphium befand, für kurze Zeit auf dem Tische stehen gelassen wurde, leckte ein zweijähriges Kind an dem Fläschchen und mußte nach kurzer Zeit sterben.

):(**Löwenberg,** 9. November. (Bestandene Prüfung.) Gelegentlich der vorgestern abgehaltenen Prüfung vor dem von der Industrie- und Handelskammer eingerichteten stenographischen Prüfungsamt bestand Herr Gustav Müller von hier die Prüfung zum Geschäftsstenographen bei einer Fertigkeit von 150 Silben.

Landeshut, 9. November. Durch eine verwegene Flucht verschaffte sich der hier im Gerichtsgefängnis internierte Zuchthäusler Georg Juraschek die goldene Freiheit wieder. Durch eine etwa 18 Zentimeter breite Oeffnung zwängte sich der Verbrecher aus seiner im ersten Stockwerk belegenen Zelle und ließ sich dann mit einem zusammengebundenen Bettlaken hinunter.

Lauban, 9. November. In der Schweinefutterküche des Dominiums Nieder-Schwerta kamen Holz- und Braunkohlen ins Schwelen. Die entstandenen Gase erstickten im Stalle 61 Läuferschweine.

Strehlen, 9. November. Zirkusdirektor Koßmeier ist an Verletzungen, die ihm sein wildgewordener Elefant beigebracht hat, gestorben. Der Elefant hatte an einem Krautwagen im Hofe genascht und war dafür in üblicher Weise gestraft worden. Dann bestieg ihn Direktor Koßmeier mittels einer Leiter, um ihn zu messen. Das Tier neigte den Kopf und ließ Koßmeier auf den Erdboden gleiten. Hierauf packte er ihn mit dem Rüssel und warf ihn mehrere Male hoch in die Luft. Schließlich trat er ihm mit einem Fuße auf der Brust herum. Der Verstorbene hatte erst wenige Tage vorher sich gerühmt, daß sein Elefant der gutmütigste und gelehrigste von ganz Deutschland sei.

Bekanntmachung.

Die Steuerpflichtigen werden ersucht, die für den **Monat November 1926 fälligen Steuern, wie Grundvermögenssteuer, Gemeindezuschlag, Hauszinssteuer,** bis zum 15 d. Mts. (Schonfrist 7 Tage) an die hiesige Gemeindekasse zu zahlen. Bei Nichtzahlung erfolgt die zwangsweise Beitreibung. Dies gilt zugleich **als öffentliche Mahnung.** Die Spülung des Wasserrohnetzes erfolgt in der Zeit vom 11. bis 13. d. Mts. Besitzer von Badeanlagen werden hierauf hingewiesen.

Bad Warmbrunn, den 10. November 1926.

Der Gemeindevorsteher: Dr. Unger.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Reichspräsident von Hindenburg empfing Dienstag den neuen britischen Botschafter in Berlin, Sir Ronald Lindsay, und tauschte mit ihm herzliche Ansprachen aus.

* Die Reichsregierung hat nach der Zustimmung des Reichsrats die von ihr vorgeschlagenen Erhöhungen der Erwerbslosenfürsorge um 10 bzw. 15 % auf dem Verordnungswege ab 8. November in Kraft gesetzt.

* Beim Reichskanzler fand auf Anregung der Arbeitgeberverbände eine Besprechung der Vertreter verschiedener Wirtschaftsorganisationen über die Frage des Arbeitszeitgesetzes statt.

* Der völkische Reichstagsabgeordnete Fahrenhorst wurde in Berlin wegen Herabwürdigung des preußischen Ministerpräsidenten Braun, des früheren Ministers Severing und der Reichsfarben zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Krisengefahr.

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Es ist an und für sich gleichgültig, was der dauernden Regierungskrise zugrunde liegt; daß sich aber Vorgänge, wie sie sich am Montag im Reichstag abspielten, täglich wiederholen können, ist durch die Abstimmung über die Erwerbslosenfürsorge als erstes Beispiel bewiesen worden.

Die parlamentarische Grundlage der Regierung ist eine Minderheit; geht die Opposition einmal zusammen, so erleidet die Regierung ohne weiteres eine Niederlage, das ist nun geschehen. Die Sozialdemokratie hatte Anträge gestellt, die in ihren finanziellen Folgen über das hinausgingen, was die Regierung zu bewilligen entschlossen war. Nun stimmten die Deutschnationalen, die ja gleichfalls in der Opposition sind, für die sozialdemokratischen Anträge; die Regierung blieb mit ihren Vorschlägen in der Minderheit. Den Zweck dieses deutschnationalen Vorgehens hat der Vorsitzende der Fraktion, Graf Westarp, in seinen Ausführungen nach der Abstimmung dargelegt: die Rechte will eine Entscheidung, will die Regierung zwingen, sich für rechts oder links zu entscheiden. Jedes parlamentarische Mittel soll für diesen Zweck verwendet werden, eine unzweideutige Stellungnahme der Regierung herbeizuführen.

Ausdrücklich hatte der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erklärt, daß die sozialdemokratischen Anträge für die Regierung nicht annehmbar seien; nach der Abstimmung hat er diese Erklärung in der Vollversammlung des Reichstages wiederholt. Das bedeutet noch keine Regierungskrise. Der Zweck des deutschnationalen Vorgehens war nicht Sturz des Kabinetts, sondern fordert eine Entscheidung über die künftige politische Haltung des Kabinetts. Man spricht auf der Rechten die Ansicht aus, daß die Sozialdemokratie ihre Anträge gar nicht ernst meine, sie seien eingebracht, obwohl man ganz genau wisse, daß sie doch nicht angenommen würden, weil die Deutschnationalen doch gegen sie stimmen, sie zusammen mit den Regierungsparteien zu Fall bringen würden. So ist das bisher mehrfach geschehen und es bedeutete daher eine große Überraschung, als nun die Rechte für die sozialdemokratischen Anträge stimmte.

Natürlich zeigt dieses Vorgehen, daß sich die Dinge innenpolitisch zugespitzt haben. Während die Deutschnationalen auf ihrem Kölner Parteitag noch erklärt hatten, daß sie bereit seien, mit der jetzigen Regierungskoalition zu arbeiten, wenn man ihnen einen entsprechenden Einfluß einräumen würde, hat sich die Lage jetzt geändert, nachdem der Reichskanzler seine bekannte Rede in Erfurt gehalten hat. Von Verhandlungen über die Große Koalition im Reich verlautete aber nichts und die Anträge der Sozialdemokratie wurden ausdrücklich als unannehmbar bezeichnet. Damit ist nun die Sozialdemokratie gleichfalls vor die Entscheidung gestellt, grundsätzlich auf derartige Anträge zu verzichten. Die Frage der Ratifikation des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag wird sehr bald eine zweite Probe aufs Exempel sein, da die Regierungsparteien hinsichtlich der achtstündigen Arbeitszeit ein absolutes Verbot längerer Beschäftigung ablehnen — oder dem Druck von links nachgeben müssen.

Das Ganze soll also ein parlamentarisches Manöver zur Klärung der Lage sein. Die Deutschnationalen haben betont, daß sie — trotz der Annahme der sozialdemokratischen Anträge — die darin vorgeschlagenen Sätze für die Erwerbslosenfürsorge für viel zu hoch halten. Sie glauben aber erzwungen zu haben, daß die Regierung nun entsprechende Beschlüsse fassen muß. Die Regierung steht auf einer zu schmalen Plattform. Die Notwendigkeit rückt näher, sich nach einer Verbreiterung in irgendeiner Richtung umzusehen — mit anderen Worten, die Reichsregierung braucht eine feste Mehrheit, um die Geschäfte ersprießlich weiterführen zu können.

Politik des Friedens und der Versöhnung.

Botschafter Lindsay bei Hindenburg.

Versicherung gegenseitiger Hilfe.

Der Reichspräsident hat den neuernannten Königlich Großbritannischen Botschafter Sir Ronald Lindsay zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens empfangen. An dem Empfange nahmen außer den Herren der Umgebung des Reichspräsidenten der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, und der Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Dr. von Schubert, teil. Der Botschafter hielt eine Ansprache, in der er u. a. sagte:

Herr Reichspräsident! Ich bin glücklich, daß ich dazu ausersehen worden bin, Seine Majestät in diesem großen Lande zu vertreten, und bin auch besonders glücklich darüber, daß ich meine Obliegenheiten in dem gegenwärtigen verheißungsvollen Augenblick übernehme, wo die herzlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Großbritannien eine friedliche und fruchtbare Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern verheißen.

Mit der Unterzeichnung der Verträge von Locarno und mit dem Eintritt Deutschlanads in die Brüderschaft der Nationen eröffnet sich ein neuer Abschnitt der internationalen Geschichte und wir dürfen einer Zeit ununterbrochener Versöhnung und stetig zunehmender Sicherheit entgegensehen. Es wird mein Bestreben sein, die Politik des Friedens und der Versöhnung, soweit es an mir liegt, zu fördern und ich werde mich dieser Aufgabe mit aller meiner Kraft widmen. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß ich während meiner Amtszeit in der Lage sein werde, mit Sympathie die weitere Entwicklung von Deutschlands Wohlergehen zu verfolgen.

Ich kann nur hoffen, daß die nie mangelnde Gefälligkeit und der gute Wille, den Eure Exzellenz, die Minister, die Beamten und die Bevölkerung des Reichs in so reichlichem Maße Lord d'Abernon haben zugute kommen lassen, auch auf mich übertragen werden möchten.

Der Reichspräsident erwiderte u. a. mit folgenden Worten:

Herr Botschafter! Ich habe die Ehre, aus den Händen Eurer Exzellenz das Schreiben entgegenzunehmen, durch das Seine Majestät König Georg V. Sie als Königlich Großbritannischen außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter bei mir beglaubigt.

Ich bitte Sie, der Dolmetsch meines aufrichtigen Dankes für die freundlichen Wünsche zu sein, die Seine Majestät für das Gedeihen Deutschlands in Seinem Handschreiben auszusprechen die Güte hatte, und Ihrem Hohen Souverän zu versichern, daß ich diese Wünsche aufrichtig erwidere. Die große Aufgabe, die der Lösung immer noch harrt, ist der Wiederaufbau und die dauernde Sicherung des Friedens Europas. Ich hoffe mit Ihnen, daß die Verträge von Locarno und Deutschlands Eintritt in den Völkerbund Etappen auf dem Wege zu diesem Ziele sein mögen und daß Ihre Erwartung auf einen neuen Abschnitt in der Geschichte sich erfüllen werde. Die Zusicherung Ihrer persönlichen Mitarbeit an diesem Werk nehme ich dankbar entgegen. Zugleich gebe ich auch der Hoffnung Ausdruck, daß alle Mächte auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet verständnisvoll zusammenarbeiten, geleitet von dem Geiste des Entgegenkommens und der Rücksichtnahme auf die Erfordernisse des nationalen und wirtschaftlichen Lebens der einzelnen Völker.

Eure Exzellenz wollen versichert sein, daß Sie bei mir und der Reichsregierung stets jede Unterstützung zur Förderung Ihrer Mission finden werden. Es wird uns eine Freude sein, Ihnen die Erfüllung der mit Ihrem hohen Amt verbundenen Aufgaben in jeder Weise zu erleichtern.

Im Namen des Deutschen Reiches heiße ich Sie, Herr Botschafter, herzlich willkommen.

Hieran schloß sich eine Unterhaltung, in deren Verlauf der Botschafter dem Reichspräsidenten einige Mitglieder der Botschaft vorstellte.

Das Arbeitszeitgesetz.

Besprechungen in der Reichskanzlei.

Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers und unter Beteiligung der Reichsminister Dr. Brauns, Dr. Curtius, Dr. Krohne und Haslinde fand in der Reichskanzlei mit den Vertretern der deutschen Arbeitgeberverbände eine eingehende Aussprache über den Entwurf des Arbeitsschutzgesetzes, namentlich über die Frage der Arbeitszeit, statt. Von der Reichsregierung wurde darauf hingewiesen, daß sie vor eigener Entschließung besonderen Wert darauf legt, die überaus bedeutungsvollen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Probleme in eingehenden Aussprachen mit den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer einer Klärung näherzubringen.

Seitens der Vertreter der Wirtschaft wurde unter Betonung des Willens, zur befriedigenden Lösung der Arbeitszeitfrage beitragen zu wollen, darauf hingewiesen, daß bei der Regelung der Arbeitszeitfrage auf die noch keineswegs gesicherte allgemeine Wirtschaftslage sowie auf die besonderen Verhältnisse in den einzelnen Wirtschaftszweigen entsprechende Rücksicht genommen werden müsse.

Der Reichskanzler hat die Stellungnahme der Reichsregierung vorbehalten.

Neue Befugnisse für Mussolinis Polizei.

Amtsenthebung von Verwaltungsbeamten.

Nach italienischen Blättermeldungen ist die italienische Polizei mit neuen Machtbefugnissen ausgestattet worden. Der Ausländer wird sich auch fernerhin anmelden und sich gegebenenfalls der Polizei persönlich vorstellen müssen. Jeder, der einem Ausländer das Eigentum oder die Nutznießung von Immobilien einräumt, wird verpflichtet, der Polizei hiervon Mitteilung zu machen. Die Präfekten erhalten die Befugnis, im Interesse der Sicherheit des Landes Ausländern den Aufenthalt in Gemeinden und Ortschaften zuverbieten, die für die Landesverteidigung wesentlich sind. Die Präfekten sind befugt, aus den Grenzgemeinden die Ausländer auszuweisen und Versuche solcher Ausländer, die Grenze zu überschreiten, zurückzuweisen. Endlich werden die Präfekten im ganzen Lande ermächtigt, Ausländer zwangsweise an die Grenze befördern zu lassen.

Der „Tevere" meldet, daß eine Reihe von Präfekturen und Quästuren statt mit Beamten mit Faschisten besetzt werden sollen. Wie „Giornale d'Italia" aus Turin berichtet, wurden 13 Provinzialräte von dem dortigen Präfekten ihres Amtes enthoben. Drei davon sind Kommunisten, die übrigen Sozialisten.

In den Wandelgängen der Kammer hat sich wieder ein Zwischenfall ereignet. Der faschistische Abgeordnete Stavace fordert den sozialistischen Abgeordneten Bocconi auf, das Parlament zu verlassen. Als dieser Einwendungen erhob, ohrfeigt er ihn und befördert ihn mit Gewalt aus dem Gebäude.

Die Verschwörung in Spanien.

Gegenmaßnahmen der Regierung.

Alessandro Lerroux, der Chef der Republikanischen Partei, ist verhaftet und in das große Madrider Gefängnis zur Verfügung des Militärgerichts gebracht worden. Seine Inhaftierung erfolgte vermutlich deshalb, weil in den letzten Tagen eine Abschrift eines Lerroux zugeschriebenen Briefes zirkulierte, der nach dem baldigen Sturz der jetzigen Regierung eine jakobinische Diktatur und Strafen ankündigte. Gleichzeitig wurden die Universitätsprofessoren Giralt und Marti Jara verhaftet.

Es handelt sich um ein über ganz Spanien, hauptsächlich Barcelona und Madrid, verzweigtes Komplott zum Sturze der Diktatur und Monarchie und Errichtung einer föderalistischen Republik in Spanien, als deren Präsident Blasco Ibanez genannt wird. Lerroux sollte die Ministerpräsidentschaft übernehmen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Beseitigung der Militärkontrolle.

Die Verhandlungen über die zwischen Deutschland

Arme kleine Ditta!

Roman von Erich Ebenstein.

Copyright by Greiner & Comp., Berlin W 30.
(Nachdruck verboten.)

43. Fortsetzung.

Degenbach war sehr blaß geworden während ihrer Rede. Sein Blick flog zu Onkel Hilmar, der sich gleichfalls erhoben hatte und ihn mit einem wunderlichen Gemisch von Trotz, Triumph und Verlegenheit anstarrte, während er halb grimmig, halb herausfordernd sagte:

„Jawohl — sie ist meine Frau . . ., die neue Herrin von Steinriegel! Die Braut, die ich dir zugedacht hatte. Aber da du nicht kamst, nahm ich sie selber!"

War es die unbewußte Komik, die in dieser Erklärung lag, oder die sonnige, herzliche Art, mit der die junge Frau ihm entgegenkam und so der Situation den Stachel nahm — genug, Degenbach hatte wenigstens für den Augenblick seine Haltung wiedergefunden.

Die Hand der neuen Tante, die ihm das Schicksal so unerwartet beschert hatte, an die Lippen ziehend, sagte er liebenswürdig: „Gewiß werden wir gut miteinander auskommen, gnädige Frau! Warum sollten wir es nicht? Eine so liebreizende junge Dame als Tante begrüßen zu dürfen, kann mich nur mit Stolz erfüllen! Aber vor allem gestatten Sie, liebe Tante, und auch du, lieber Onkel, daß ich nachträglich meine herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung ausspreche!"

„Danke . . . danke . . ." Hilmar Sachsenburg reichte dem Neffen nun auch die Hand und fuhr dann überstürzt fort: „Also, das ist ja eine gründliche Ueberraschung! Hätt' ich eine Ahnung gehabt . . . aber du hast ja nicht mal geschrieben! Was bewirkte denn, daß du dich plötzlich wieder so unerwartet einmal an den alten Onkel erinnertest?"

Es sollte scherzhaft klingen, aber es lag doch auch eine [illegible]rige Frage in dem Ton.

„Ich [illegible] Sehnsucht nach dir, Onkel Hilmar, und nach Steinriegel! Und da ich nächstens eine Stelle antrete, die mich voraussichtlich nicht so bald abkommen läßt, wollte ich diese Sehnsucht vorher noch stillen. Wenn ich dir nun aber in Unkenntnis der Ereignisse hier durch mein plötzliches Hereinplatzen vielleicht ungelegen komme . . ."

„Unsinn! Warum denn! Natürlich bist du willkommen und bleibst hier, solange du frei bist. Aber entschuldige mich einen Augenblick, ich will dir nur Zigarren holen . . . Frau Gerstendörfer, unsern lieben Gast, kennst du ja . . . da brauche ich also nicht euch vorzustellen. Elli, bitte, sorge inzwischen, daß Hans etwas Ordentliches zu essen bekommt."

Er hatte hastig und verlegen gesprochen und machte, daß er hinauskam.

Während Degenbachs ernst und ruhig gegebener Antwort war ihm das Blut bis unter die Haarwurzeln ins Gesicht gestiegen. Vielleicht begriff er erst in dieser Minute ganz, was seine Heirat dem Neffen genommen.

Das Ehepaar hatte das Zimmer verlassen, Ditta und Degenbach waren allein. Noch war ihm das Bewußtsein für das Seltsame und Unbegreifliche ihrer Anwesenheit auf Steinriegel gar nicht gekommen.

Erfüllt von tiefem Schmerz, empfand er ihre Nähe nur instinktiv als etwas Wohltuendes, Milderndes.

Und Ditta fühlte das. So ganz fühlte sie, was in ihm vorging, daß sie seine Hand ergriff und in sanftem Ton sagte: „Nehmen Sie es doch nicht so schwer! Es wird sich ja alles ausgleichen . . . Frau Elli ist ein liebes, gutes Wesen . . . Onkel Hilmar fühlte sich so vereinsamt . . .

„Daß er mir das antun konnte!" stieß Degenbach leidenschaftlich heraus. „Ohne mir vorher ein Wort zu sagen . . . ohne mich nachher auch nur durch eine Zeile zu verständigen! Wo es zwischen uns war wie zwischen Vater und Sohn! Nie werde ich das verwinden! Nie! Wußte er denn nicht, daß er mir damit mehr raubte als die Heirat? Gut, mochte er heiraten, wen er wollte — ich wäre der erste gewesen, der sich gefreut hätte, wenn er dadurch glücklich wurde. Aber . . . so! So feindlich gegen mich, so unaufrichtig! So . . . heimtückisch!"

„Urteilen Sie nicht zu hart, lieber Freund! Suchen Sie zu verstehen. Sie ließen ihn allein in einem Augenblick, wo er die Vereinsamung seines Lebens nicht länger ertrug. Dann kam Elli. Sie ist die Nichte Frau Klausmanns und suchte nach dem Tode ihrer Mutter, der verwitweten Regierungsrätin Weismann, Zuflucht bei ihrer Tante. Fröhlich, temperamentvoll und gutmütig, wie sie veranlagt ist, dabei voll Mutterwitz, ein tüchtiges Hausmütterchen und gebildet — war es nur natürlich, daß sie vom ersten Augenblick an der Mittelpunkt des Hauses und sein Sonnenschein wurde. Ihr Onkel erzählte mir, daß er schon am dritten Tag dachte: Die darf mir nie mehr fort! Die muß Herrin von Steinriegel werden, und da ich zu alt bin, muß Hans sie heiraten! Eine bessere, reizendere Frau kann er ja auch gar nie finden, als diese liebe kleine Elli — sie wird ihm Steinriegel erst recht lieb machen! Und da er aus seinem Herzen nie eine Mördergrube machte, teilte er diesen Plan sogleich auch der getreuen Klausmann mit, ja sogar in Form scherzhafter Neckereien Elli selbst. Da kam Ihre Absage. Tagelang soll er wie ein wütender Stier herumgegangen sein, alle anrempelnd, alles tadelnd, mit sich und der Welt hadernd — bis ihn Elli ahnungslos über den wahren Grund seiner Verstimmung durch ihr heiteres, zutunliches Wesen wieder ein wenig auf gleich brachte.

Er begann mit dem Gedanken zu spielen, ihr selbst seine Hand anzutragen. Er fühlte sich ja noch sehr gesund und rüstig und ihre Gegenwart verjüngte ihn ordentlich. Freilich — er war sechzig, sie einundzwanzig . . .

Man muß sich die Stimmung vergegenwärtigen, die ihn beherrschte: Ohne es sich einzugestehen, hatte sein Herz Feuer gefangen an ihrem jungen Liebreiz. Auf Sie war er wütend. Außerdem fühlte er sich durch seine eigene Unbedachtsamkeit sozusagen gebunden. Er hatte Elli so oft scherzweise als „Herrin von Steinriegel" angesprochen, daß er sich nun verpflichtet fühlte, ihre daraufhin gewiß entstandenen Hoffnungen nicht zu enttäuschen.

So warb er eines Tages um sie und — Elli sagte ja.

Gewiß nicht aus niedrigen Spekulationsgründen! Auch sie hat mir in den Tagen meines Hierseins ihr Herz ausgeschüttet und ich konnte dabei genau erkennen, was sie zu dieser ungleichen Heirat bewogen hatte.

Sie hatte eine „unglückliche Liebe" hinter sich, d. h. der Mann, der sich um sie beworben hatte, ließ sie unter nichtigem Vorwand im Stich, als sich nach dem Tode ihrer Mutter herausstellte, daß sie ein völlig mittelloses Mädchen war . . .

(Fortsetzung folgt.)

und der Botschafterkonferenz strittigen Punkte der Militärkontrolle werden zunächst zwischen der Reichsregierung und der interalliierten Militärkontrollkommission geführt. Diplomatische Schritte zur Unterstützung des deutschen Standpunktes sind vorläufig nicht in Aussicht genommen, da abgewartet wird, wie die Verhandlungen mit der Kontrollkommission verlaufen.

Wiedereinführung von Titeln und Ehrenzeichen?

Aus dem Reichsministerium des Innern wird mitgeteilt, daß die Unzuträglichkeiten, die sich aus der gegenwärtigen Regelung der Verleihung von Titeln und Ehrenzeichen ergeben haben, die zuständigen Stellen beschäftigen. Die gegenwärtige Lage, so wird erklärt, ist deshalb unerträglich, weil man Pioniere des Deutschtums im Ausland nicht durch Verleihung von Titeln in ihrer Tätigkeit fördern kann. Der Reichstag hat seinerzeit zu dieser Frage eine Entschließung angenommen, die der Regierung empfiehlt, Erwägungen anzustellen, wie dem Übelstande abgeholfen werden könnte. Bestimmte Entschließungen sind im Reichskabineit noch nicht gefaßt. Eine baldige Stellungnahme in der Frage der Titelverleihungen der Reichsregierung ist aber auch wegen der verschiedenartigen Regelungen im Reiche und in Bayern nötig. Die Stellungnahme zur Verleihung von Ehrenzeichen wird erforderlich wegen der neuerdings eingeführten Rettungsmedaille und des Feuerwehrehrenzeichens.

Die Not im besetzten Gebiet.

Der Reichsminister für die besetzten Gebiete, Dr. Bell, sprach dem Regierungspräsidenten Dr. Brandt, Koblenz, für die freundliche Aufnahme, die er bei seiner Informationsreise durch die besetzten Gebiete auch in der Stadt Kreuznach gefunden habe, seinen Dank aus. Reichsminister Dr. Bell bringt in seinem Schreiben zum Ausdruck, daß die eingehenden Darlegungen über die schwierigen Verhältnisse des besetzten Gebietes, insbesondere über die überaus bedrängte Lage des Bades Kreuznach, großen Eindruck auf ihn gemacht haben, und daß die Reichsregierung alles daransetzen werde, im Rahmen des Möglichen der Not zu steuern.

Aus In- und Ausland.

München. Der Bayerische Landtag stimmte der Ernennung des Ministerialdirektors Goldenberger zum bayerischen Kultusminister zu.

Budapest. In politischen Kreisen erhält sich hartnäckig das Gerücht, Ministerpräsident Graf Bethlen werde sehr bald, wahrscheinlich noch im Laufe dieser Woche, die Nationalversammlung auflösen und Neuwahlen schon für Mitte Dezember ausschreiben.

Mexiko. Im Zusammenhang mit Gemeinderatswahlen kam es in verschiedenen Teilen der Republik zu Zusammenstößen, wobei insgesamt 10 Personen getötet und 28 verwundet wurden.

Managua. Matagalpa, eine der größten Städte von Nicaragua, wurde von 500 liberalen Revolutionären besetzt. Auf Vorstellungen der amerikanischen Gesandtschaft hin sind Regierungstruppen zum Schutze der amerikanischen Kaffeepflanzer entsandt worden.

Zu: Gerichtssaal.

§ **Verurteilung eines Reichstagsabgeordneten.** Der völkische Reichstagsabgeordnete Fahrenhorst wurde vom Erweiterten Schöffengericht Charlottenburg wegen Herabwürdigung des Ministerpräsidenten Braun, des früheren Ministers Severing und der Reichsfarben zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Vermischte Drahtnachrichten vom 9. November.

Die Auflösung des Wikingbundes.

Berlin. Zu der Erklärung der Bundesleitung des Wiking, die über eine am 6. und 7. November in Berlin abgehaltene Führertagung und die dabei festgelegten „Richtlinien für die nunmehr wieder beginnende Arbeit in Preußen" berichtet, weist der Amtliche Preußische Pressedienst darauf hin, daß der Bund Wiking durch Verfügung des preußischen Ministers des Innern vom 12. Mai 1926 verboten und außerdem durch den Minister des Innern mit Zustimmung der Reichsregierung in Preußen aufgelöst worden ist. Diese Maßnahme sei der Nachprüfung durch den Staatsgerichtshof entzogen und rechtskräftig. Infolgedessen sei der Wiederzusammentritt des Bundes Wiking strafbar. Gegen die Teilnehmer an der Führertagung wie gegen jede Betätigung des Bundes Wiking würde das Strafverfahren gemäß §§ 1 und 4 des Gesetzes vom 22. März 1921 eingeleitet werden.

Nansen in Berlin.

Berlin. Der berühmte Polarforscher Frithjof Nansen traf zum Kongreß der Arktisforschung in Berlin ein.

Bayern und der Finanzausgleich.

München. Im Bayerischen Landtag führte Finanzminister Dr. Krausneck in seinen Darlegungen über die Verhandlungen zum Finanzausgleich in Berlin aus, daß sich durch die Steuerbefreiungen und Steuerermäßigungen des Reichseinkommensteuergesetzes und des Lohnsteuergesetzes gegenüber dem Haushaltsvorschlag im Rechnungsjahr 1926/27 für Bayern ein Fehlbetrag von 40 Millionen Mark ergeben werde. Für das laufende und das kommende Rechnungsjahr ergebe sich ein Fehlbetrag von rund 60 Millionen. Würde die Unterstützung der Erwerbslosenfürsorge in dem bisherigen Umfange beim Lande verbleiben, so würde ein weiterer Fehlbetrag von rund 25 Millionen dazutreten. Der bisherige schematische Finanzausgleich sei unannehmbar und schlechthin undiskutierbar. Darauf nahm Ministerpräsident Dr. Held das Wort, der ausführte: Der jetzige Finanzausgleich sei kein Ausgleich mehr, sondern eine Vergewaltigung der Einzelstaaten. Die Lösung der Frage des Finanzausgleichs entscheide über Leben und Tod der Länder. Die ganze Konstruktion der Weimarer Verfassung bezüglich des Verhältnisses zwischen Staat und Reich sei auf die Dauer unhaltbar. Der Kampf, um den es gehe, sei der große Entscheidungskampf zwischen Einheitsstaat und bundesstaatlichem System. Die bayerische Regierung sei einmütig überzeugt von der vitalen Gefahr, die in der Entwicklung des Finanzausgleichs liege, und sie sei fest entschlossen, den Kampf mit aller Energie und, wenn sie dazu gezwungen sei, bis zur äußersten Konsequenz durchzuführen. Bayerns Ziel in diesem Kampf sei sein eigenstaatliches Leben, ein lebenskräftiges Bayern in einem starken, geschlossenen Deutschen Reiche.

Preußischer Landtag.

(217. Sitzung.) tt. Berlin, 9. November.

Das H[illegible] setzte die allgemeine Aussprache zur Elektropolitik des Staates im Rahmen der Beratung des Entwurfes über die Bereitstellung von Geldmitteln für die Ausgestaltung des

staatlichen Bes[illegible] Elektrizitätsunternehmungen

fort. Handelsminister Dr. S[illegible]reiber wies einleitend auf die immer steigende Bedeutung der Elektrizitätswirtschaft für die deutsche Wirtschaft hin. Auf diesem Gebiete der Elektrizitätswirtschaft ständen wir in Deutschland noch inmitten einer sich rasch vollziehenden Entwicklung. In dem Zeitraum von wenig mehr als zehn Jahren habe sich die Stromerzeugung mindestens verdoppelt, nämlich von 5,1 Milliarde Kilowattstunden 1913 auf 10 Milliarden Kilowattstunden 1925. Es ergebe sich daraus für den Staat die selbstverständliche Pflicht, der Elektrizitätswirtschaft seine besondere Aufmerksamkeit zu widmen, und diese Pflicht sei von ihm schon 1917 deutlich erkannt worden. Die rein geschäftliche Betätigung des Staates in der Elektrowirtschaft werde in ihrer Bedeutung noch übertroffen von der Aufgabe des Staates, darauf hinzuwirken, daß das ganze preußische Wirtschaftsgebiet in möglichst [illegible]kommener Weise mit elektrischer Energie versorgt werde. Der Minister Weise mit eelktrischer Energie versorgt werde. Der Minister verbreitet sich über die Notwendigkeit der Zusammenfassung der Beteiligten und geht im einzelnen auf die bevorstehenden Aufgabe ein. Vorschläge würden dem Hause demnächst unterbreitet werden.

Die Abgg. Wäntig (Soz.), Dr Pinkerneil (D. Vp.), Schwenk (Komm.), Falk (Dem), Müller-Franken (Soz.) und Weißermel (Dtn.) sprechen sich im großen und ganzen zustimmend zu dem Regierungsprogramm aus.

Damit schließt die Aussprache. Das Gesetz wird in zweiter Lesung angenommen und auch in dritter verabschiedet. Annahme finden auch die Entschließungsanträge des Hauptausschusses auf Verbilligung des Strombezuges usw. Es kommen dann eine Anzahl kleinerer Gegenstände zur Erledigung.

Für die Einrichtung von Fach- und Berufsschulen in Ostpreußen werden größere Mittel zur Verfügung gestellt. Bei der Abstimmung über einen deutschnationalen Antrag, in dem das Staatsministerium ersucht wird, einen Entscheid des Handelsministers zurückzuziehen, wonach der Landbund nicht als wirtschaftliche Vereinigung im Sinne des Arbeitsnachweises anzusehen sei, stellt es sich heraus, daß das Haus nicht beschlußfähig ist. Nächste Sitzung Mittwoch.

Deutscher Reichstag.

(231. Sitzung.) CB. Berlin, 9. November.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Fortsetzung der Beratung der Erwerbslosenfürsorge. Von den Kommunisten ist inzwischen ein Antrag eingegangen, der ohne besondere Begründung der gesamten Reichsregierung das Mißtrauen ausspricht. Die Völkischen haben gleichfalls einen Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung eingebracht, der mit der Haltung der Regierung zu den Reichstagsbeschlüssen begründet wird.

Verkündigung der Erhöhungen zur Erwerbslosenfürsorge.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erklärte, daß nach den Bestimmungen der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge die Reichsregierung berechtigt und berufen ist, die nötigen Änderungen über die Anpassung der Unterstützungssätze an die wirtschaftlichen Erfordernisse zu erlassen. Nach den gestrigen Parteierklärungen stehe fest, daß es sich bei den Beschlüssen zum Teil um taktische Abstimmungen gehandelt hat, daß tatsächlich eine Mehrheit des Reichstages für die gestern beschlossene Erhöhung um 30 % nicht vorhanden ist. Auf Grund dieser Zusammenhänge hat sich die Reichsregierung entschlossen, im Wege der Verordnung die Unterstützungssätze im Sinne des Antrags der Regierungsparteien um 15 und 10 % zu erhöhen. Heute vormittag haben die Reichsratsausschüsse dem zugestimmt. Nur so sei zu erreichen, daß die Arbeitslosen noch in dieser Woche in den Genuß der erhöhten Unterstützung kommen. Gleichzeitig soll der volle Zuschlag auch für das vierte Kind gezahlt werden. Die neuen Lasten würden vom Reiche getragen werden.

Der Minister kündigte dann Gesetze der Reichsregierung an, denen zufolge die Bezüge aus der Wochenhilfe und Wochenfürsorge nicht auf die Erwerbslosenunterstützung angerechnet werden und den Erwerbslosen die Anwartschaft auf die Sozialversicherung aus den Mitteln der Erwerbslosenfürsorge gesichert wird. Endlich soll durch Gesetz auf dem Wege der Krisenfürsorge den Ausgesteuerten der Fortbezug der Unterstützung für den Winter gewährleistet werden. Diese Vorlage soll schon am Donnerstag im Reichsrat verabschiedet werden. Durch Verordnung oder Ausführungsbestimmungen soll eine gleichmäßige und entgegenkommende Durchführung der Bedürftigkeitsprüfung sichergestellt werden.

Endlich wird die Reichsregierung entsprechend den Anträgen der Regierungsparteien die berufliche Fortbildung der erwerbslosen Jugendlichen fördern. Die Regierung hält an ihrer bejahenden Stellung zur Sozialpolitik fest und wird daraus alle Konsequenzen ziehen. (Beifall bei den Regierungsparteien.)

Abg. Dr. **Scholz** (D. Vp.) begrüßte das Vorgehen der Regierung und beantragte, die Weiterberatung der Anträge zu vertagen, da sie jetzt doch unpraktisch und unzweckmäßig wären.

Abg. **Müller-Franken** (Soz.) widersprach der Vertagung. Die Sozialdemokraten würden beantragen, die gestern beschlossene Erhöhung um 30 und 20 Prozent durchzuführen und die Mittel dazu durch Aufhebung der Ermäßigung der Börsenumsatzsteuer zu beschaffen.

Auch Abg. **Rädel** (Komm.) erklärte sich gegen die Vertagung.

Nachdem noch Abg. Henning (Völk.) sich gegen die Vertagung ausgesprochen hatte, wurde der Vertagungsantrag mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, Deutschnationalen und Völkischen abgelehnt.

Abg. Scholz (D. Vp.) erklärte dann, daß die Regierungsparteien sich an der weiteren Beratung nicht beteiligen würden.

Die sozialdemokratischen Anträge zur Erwerbslosenvorlage werden angenommen.

Die zweite Lesung des damit verbundenen Gesetzentwurfes wurde erledigt, die dritte durch Einspruch der Regierungsparteien verhindert.

Für das kommunistische Mißtrauensvotum gegen den Reichsarbeitsminister stimmten nur die Antragsteller. Die Deutschnationalen enthielten sich, die anderen Parteien stimmten dagegen.

800 Millionen Nachtragsetat.

Es folgte die erste Beratung des 800-Millionen-Nachtragsetats, die vom Reichsfinanzminister Dr. Reinhold eingeleitet wurde. Der Minister begrüßte es, daß der Reichstag jetzt den Weg einer gesünderen Finanzpolitik beschreite und die Steuern den wirklichen Bedürfnissen angepaßt habe. Er schilderte dann die bekannten Abmachungen mit dem Reparationsagenten, wodurch eine wesentliche Verbesserung der Liquidität der Reichshauptkasse erreicht worden sei. Das Abkommen habe im Reiche auch wesentliche Ersparnisse gebracht. Durch diese Ersparnisse konnte ein Drittel der Mehrausgaben gedeckt werden, weitere 90 Millionen aus dem Mehraufkommen aus den Zöllen. Das Gesamtaufkommen sämtlicher Steuerarten werde den Etatsansatz so übersteigen, daß es berechtigt wäre, 90 Millionen Mehraufkommen zur Deckung des vorliegenden Nachtragsetats heranzuziehen. Die Regierung habe 200 Millionen der Zwischenkredite für den Kleinwohnungsbau zur Verfügung gestellt. Dadurch würden 40 000 neue Wohnungen geschaffen und damit 120 000 Bauarbeiter aus der unterstützenden Erwerbslosenfürsorge herauskommen. Zur Deckung könne man weiter eine neue Anleihe von 372 000 000 aufnehmen, so daß die Regierung zur Aufnahme einer Anleihe von insgesamt 965 000 000 ermächtigt sei. Sie habe aber von der Ermächtigung zur Lombardierung von Schatzwechseln noch keinen Gebrauch gemacht. Sie werde auch jetzt noch nicht den Anleihemarkt in Anspruch nehmen, sondern den Zeitpunkt dazu sorgsam auswählen.

Antrag auf Fürstenausweisung.

Abg. Sänger (Soz.) begründete den sozialistischen Gesetzentwurf, wonach den Mitgliedern der ehemals regierenden Fürstenfamilien der Aufenth[illegible] im Reichsgebiet verboten werden soll, wenn andernfalls [illegible] Wohl der Republik dadurch gefährdet wird. Nach dem gel[illegible] deutschen Recht über Erwerb und Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit müßten Wilhelm II. und Rupprecht von Bayern dauernd aus dem Reichsgebiet entfernt werden.

Der Redner schloß mit der Bemerkung, daß ruhmloser und unköniglicher noch nie eine Dynastie gesunken sei wie die der Hohenzollern. (Pfuirufe bei den Deutschnationalen.)

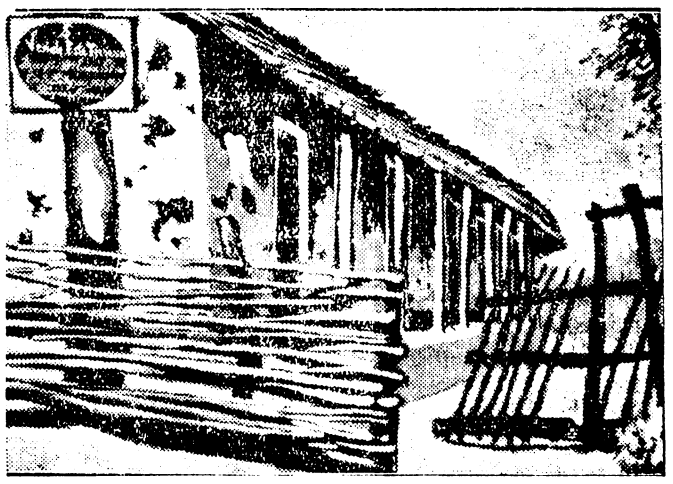
Abg. **Lindeiner-Wildau** (Dtn.) meinte, die von den Sozialdemokraten und Kommunisten aufgeworfene Hohenzollernfrage sei durch jenen Vergleich erledigt, der die Unterschrift der Sozialdemokraten Braun und Severing trägt. Was Abg. Sänger vorgebracht hätte, entsprange wohl nur dem Defensivbedürfnis gegenüber den Kommunisten. Den Deutschnationalen erscheine der sozialdemokratische Antrag als nicht geeignet, damit den Rechtsausschuß zu belasten. Sie würden deshalb gegen die Ausschußüberweisung stimmen. Sie verlangte, daß die ehemalig regierenden Fürsten dieselben Rechte genössen wie alle übrigen Staatsbürger. Der Redner beklagte den Rücktritt des Generalobersten von Seeckt.

Seine Partei fordere die unbedingte Sicherung eines berufsfreudigen Beamtentums. Die Art, wie der Reichsfinanzminister den Ausbau seiner Verwaltung vorgenommen habe, scheine mit der Verfassung nicht vereinbar zu sein. Ebenso bedauerlich seien die Angriffe gegen die Unabhängigkeit der Rechtspflege. Er lehne es durchaus ab, die Landsberger Angeklagten zu decken, aber auch die Presse der Linken, die so verständnisvoll auf die Psyche der Leiser der Attentäter eingegangen sei, sollte doch etwas Verständnis zeigen für die Tragik dieser jungen Menschen, denen das Kriegsende alle Hoffnungen zerschlagen habe. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Sie sollten doch nicht vergessen, daß Leute aus diesen Kreisen von Ebert, Noske und Scheidemann berufen worden seien, um die junge Republik gegen den Bolschewismus zu schützen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts.) Was am 9. November erreicht worden sei, sei nicht die wahre Freiheit gewesen. Seine Partei dächte zurück an den Geist der Freiheit, den das deutsche Volk im August 1914 gewählt habe. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. **Neugebauer** (Komm.) wandte sich gegen den Abg. Sänger, dessen Gouvernantenrede nicht darüber hinwegtäuschen könne, daß die Sozialdemokratie in der Behandlung der ehemaligen Fürsten, vor allem beim preußischen Hohenzollernvergleich, das Volk verraten habe.

Vorsicht für Auswanderer!

An und für sich ist jede dauernde Trennung vom Mutterland, die Auswanderung in ein fremdes Land und zu einem fremden Volke, ein Schritt ins Dunkle. Wenn aber schon zwingende Gründe für irgendeinen einzelnen oder eine Familie vorliegen, sollen die in Frage Kommenden bei solchem wichtigen und folgenschweren Unternehmen die nötige Vorsicht üben. Unter allen Auswanderungsländer gilt z. B. Argentinien für den Deutschen als einer derjenigen Staaten, die sich ernsthaft um das Geschick der Einwanderer sorgen, sich bemühen, ihnen Förderung angedeihen zu lassen in bezug auf baldiges Unterkommen und Existenzgründung. Und doch soll es selbst in Argentinien bei mangelnder Vorsicht vorkommen,



daß die Ankömmlinge zunächst in sehr fragwürdige Wohngelegenheiten geraten können, wie sie z. B. die elenden stallartigen Hütten auf unserer Abbildung darstellen, bei denen jeder Eingang den Raum für eine Familie bezeichnet. Wer sich vor solchen Überraschungen schützen will, gehe nicht unbedacht oder auf unbekannte Agenten vertrauend in die Ferne, sondern wende sich vorher auf jeden Fall an die zur Beaufsichtigung des Auswandererwesens berufenen Stellen, den „Bund der Auslandsdeutschen", Berlin C. 2, Klosterstr. 75, oder an die Reichsstelle für Auswanderungswesen bei der Reichsregierung in Berlin.

Nah und Fern.

○ **Attentat auf ein Regimentsdenkmal.** In Magdeburg ist das Denkmal der 26er von ruchloser Bubenhand beschmutzt und beschädigt worden. An zwei Steinsäulen, die den Namen der Schlachten tragen, sind mehrere faustgroße Ecken herausgeschlagen worden. Auch die Inschrift hat man beschädigt. Das Ehrenmal selbst, der sprungbereite Löwe, trägt ebenfalls Spuren der Zerstörung. Die Schwertspitze hat man gewaltsam abgebrochen. Außerdem ist die Umgebung des Totenmals in nicht wiederzugebender Weise beschmutzt worden.

○ **Dampferzusammenstoß.** Der von Hamburg ausgehende belgische Dampfer „Marcel" stieß bei Schulau mit dem von England aufkommenden englischen Dampfer „Laverock" zusammen, so daß letzterer unweit Schulau auf Strand gesetzt werden mußte. Nachdem sich herausgestellt hatte, daß das Schiff nur Überwasserschaden hatte, wurde es durch Schlepper in den Hamburger Hafen gebracht. Der belgische Dampfer, der Schaden am Vordersteven erlitt, mußte seine Reise aufgeben.

○ **Irrfahrten eines deutschen Segelschoners.** Der als verschollen gemeldete Dreimastschoner „Margarete" ist nach 144tägiger Überfahrt von Rio Grande in die Elbmündung eingelaufen. Das Schiff war durch Unwetter stark mitgenommen. Widrige Winde hatten die Reise verzögert.

○ **Feuer in den Delmenhorster Mühlenwerken.** In den Delmenhorster Mühlenwerken in Bremen brach in der kleinen Weizenmühle plötzlich Feuer aus, das die oberen

Morgen abend —

nicht vergessen: Haarwaschen mit „Schwarzkopf-Schaumpon" und am Sonntag sieht Ihr Haar noch einmal so reizend aus! Also besorgen Sie sich morgen früh ein Päckchen

Schaumpon

mit dem schwarzen Kopf

Räume der Mühle vollständig zerstörte. Bald darauf brannte auch der 38 Meter hohe Silo, von dem das Dach in die Luft flog. Abgesehen vom Dachstuhl konnte der Silo erhalten werden. Da die Graupenmühle, die Schrotmühle, die große Hafermühle und die Kraftanlage unversehrt blieben, konnte der Betrieb aufrechterhalten werden.

⊙ **Doppelleben eines Tischlermeisters.** Beim Tode des 60jährigen Tischlermeisters Andersson aus Mölndal stellten sich zwei Ehefrauen nebst Kindern als Leidtragende ein. Die Untersuchung ergab, daß Andersson unter seinem eigenen Namen in Mölndal verheiratet und auf Grund der Papiere seines Bruders außerdem in Gothenburg eine Ehe eingegangen war. Zehn Jahre lang ist er mit beiden Frauen verheiratet gewesen, ohne daß die Frauen oder die Kinder etwas davon gemerkt hätten, denn er reiste ständig von der einen Familie zur anderen. Ja, es glückte ihm sogar, in beiden Städten Armenunterstützung ausgezahlt zu bekommen.

⊙ **Anschlag auf einen Personenzug.** Bisher unbekannte Täter verübten zwischen den Stationen Eudendorf und Kraiwiesen auf der Salzkammergut-Lokalbahn einen Anschlag, indem sie einen schweren Nagel zwischen die Stoßschienen einkeilten. Das Begleitpersonal eines die Strecke passierenden Personenzuges wurde durch einen heftigen Stoß auf den Bahnfrevel aufmerksam, so daß größeres Unheil vermieden werden konnte. Nachdem der Nagel entfernt worden war, konnte der Zug seine Fahrt fortsetzen.

Bunte Tageschronik.

Kiel. Der amerikanische Kreuzer „Memphis" ist in Kiel eingetroffen, um hier eine Kreiselkompaßanlage einbauen zu lassen.

Magdeburg. Im benachbarten Schnarsleben erkrankten nach dem Genuß von verdorbenem Schweinefleisch bisher über 60 Personen an Paratyphus. Eine Gefahr für eine Weiterverbreitung besteht nicht.

London. Wie nunmehr feststeht, hat der englische Industrieführer Brunner in geistiger Umnachtung sich und seine Frau umgebracht. Von einem Verbrechen kann keine Rede sein.

Washington. Der Polizei in Newyork ist es gelungen, ein Whiskylager zu entdecken, in welchem Whisky für über sechs Millionen Dollar aufgestapelt war.

Newyork. Zwei Armeeflieger stürzten bei Gettysburg tödlich durch Anfliegen gegen einen Bergrücken ab.

Der Landsberger Femeprozeß.

§ Landsberg a. d. W., 9. November.

Im weiteren Verlauf der Vernehmung des Angeklagten Schulz verweigerte dieser auf eine Frage des Rechtsanwalts Dr. Löwenthal, welches das Verhältnis der Schwarzen Reichswehr und sein eigenes zu den höheren Reichswehrstellen gewesen sei, die Antwort. Es wurde dann

der Nebenkläger Gädicke

vernommen, der erklärt, er habe von der Schiebung erst erfahren, als sie schon vollzogene Tatsache gewesen sei. Über die Vorgänge beim Fort Tschernow bekundet Gädicke, Klapproth habe plötzlich gesagt: Nun los! Nach zehn Schritten habe er dann einen Schlag bekommen und sei zu Boden gefallen. Klapproth habe einen Totschläger gehabt, ein Leder mit einer Bleikugel darin. Schließlich sagte Klapproth: „Dir Schwein sollte etwas anderes passieren! Wir nehmen bloß Rücksicht auf deine Frau!"

Der Angeklagte Klapproth bestritt entschieden, einen Totschläger gehabt zu haben. Wenn ich einen gehabt hätte, so erklärte er, würde mich keiner festgehalten haben, und der (auf Gädicke zeigend) würde dann auch nicht mehr hier stehen. Der Nebenkläger Gädicke wurde darauf von der Verteidigung in ein lebhaftes Kreuzverhör genommen. Auf die Frage, ob der Schriftleiter der Frankfurter Volksstimme bei ihm gewesen sei und ihm Geld geboten habe, erklärte er zunächst, er habe von niemandem Geld bekommen. Schließlich gab er zu, von einem Vertreter der Liga für Menschenrechte 800 Mark erhalten zu haben. Weiter gab er zu, daß auch Mertens bei ihm gewesen sei, auch der Vertreter der Volksstimme habe Auskunft haben wollen. Er habe sie aber abgelehnt. Die Unterstützungen habe er erhalten wegen seiner Krankheit und Arbeitsunfähigkeit. Vermittelt habe sie Mertens. Er habe Mertens dafür Mitteilungen gemacht.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wird dann in die Zeugenvernehmung eingetreten. Der Zeuge Hauptmann Keiner vom Wehrkreiskommando III bekundete, daß Schulz die besonders schwierige Arbeit gehabt habe, die Arbeitskommandos zu organisieren. Er habe diese Aufgabe zur vollsten Zufriedenheit gelöst. Von Beseitigungen oder Mißhandlungen ist dem Zeugen nichts bekanntgeworden. Ein weiterer Zeuge, Untersuchungsrichter Leitzmann, Küstrin, brachte ein Schreiben Gädickes zur Sprache, in dem er um Aufhebung der Haft bittet, weil er sonst gezwungen sei, einen Rechtsanwalt der Linksparteien zu nennen, der dann natürlich alle die geheimen Dinge aufrollen würde, was doch sehr unangenehm werden könnte.

Rechtsanwalt Dr. Löwenthal stellte den

Antrag, Reichswehrminister Geßler, Reichsminister des Innern Külz, Minister Severing, Regierungsrat Kühleisen, Regimentskommandeur Bock, Generalobersten von Seeckt u. a. zu laden,

die aussagen sollten, ob die Arbeitskommandos tatsächlich mit der Reichswehr in irgendeinem Zusammenhang gestanden hätten und ob mit ihrem Einverständnis dort exerziert worden sei und ob die Truppen bestimmt gewesen seien, bei inneren oder äußeren Unruhen eingesetzt zu werden. Nach einer Pause erklärte der Gerichtshof, daß er die Ladung der von Dr. Löwenthal genannten Zeugen, die sich nicht direkt mit den Rechten des Nebenklägers beschäftigten, ablehnen müsse. Dagegen wurde die Ladung einiger weiterer Zeugen beschlossen.

Der Vater Klapproths, der nun als Zeuge vernommen werden sollte, erklärte, daß er nicht aussagen wolle, ebenso die Mutter Klapproths.

Als nächster Zeuge wurde Freiherr von Senden vernommen. Vors.: Standen Schulz und Klapproth in näheren Beziehungen? Zeuge: Klapproth war einer der Mitgründer der Kraftfahrabteilung und stand dadurch mit Schulz in näherer Beziehung, wie ich gehört habe. Vors.: Welche Beobachtungen machten Sie betreffs der Freundschaften dieser Angeklagten? Zeuge: Irgendwelche Tatsachen kann ich hierzu nicht angeben. Vors.: Haben Sie sich darüber beschwert, daß Büsching und Klapproth eher bei Schulz vorgelassen würden als die Offiziere? Zeuge: Ich habe mich wohl darüber beschwert, daß Oberleutnant Schulz nach meiner Ansicht die Offiziere nicht so behandelte, wie es seine Pflicht gewesen wäre. Auf eine Frage des Vorsitzenden bemerkt von Senden, seit zwei bis drei Jahren werde von einer gewissen Presse eine Hetze geführt, so daß er heute nicht sagen könne, was er gelesen und was er selbst erlebt habe. Er habe nie einen Eid abgenommen.

Untersuchungsrichter Graske bemerkte, er könne aus eigener Anschauung heraus nichts aussagen, sondern nur aus seiner dienstlichen Tätigkeit. R.-A. Dr. Hahn äußerte sich dahin, er halte es nicht für richtig, daß ein Untersuchungsrichter in einer Sache aussage, in der das Verfahren noch nicht abgeschlossen sei. Das Gericht zog sich hierauf zur nochmaligen Beratung zurück und gab dann die Erklärung ab, daß von der Vernehmung des Zeugen Graske Abstand genommen werden müsse, da sie im Sinne der Strafprozeßordnung als unzulässig anzusehen sei.

Es folgt die Vernehmung des Oberleutnants Dr. Stantien und des Diplomlandwirts Feuerlein, die nichts Wesentliches aussagen.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Bestrafte Falschmünzer.** Das Schöffengericht Gera verurteilte die Metallarbeiter Oskar und Richard Lange aus Gera, die nachgewiesenermaßen 150 falsche 50-Pfennig-Stücke hergestellt und in den Verkehr gebracht hatten, wegen Falschmünzerei bzw. Beihilfe zu neun bzw. fünf Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt wies in seinem Plädoyer darauf hin, daß den Angeklagten mildernde Umstände zuzubilligen seien, da das Reich so leicht nachzumachende Geldstücke herausgegeben habe. Den Angeklagten wurden denn auch tatsächlich mildernde Umstände zugebilligt.

Arbeiter und Angestellte.

Duisburg. (Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches in der Rheinschiffahrt.) Der Schiedsspruch in der Rheinschiffahrt ist vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden. Danach sind die von den Arbeitnehmerverbänden gefaßten Beschlüsse, bei der Nichtverbindlichkeitserklärung in den Streik zu treten, illusorisch geworden und der Frieden ist der Rheinschiffahrt erhalten geblieben.

Prag. (Lohnforderungen im tschechischen Bergbau.) Die Revierkonferenz des Ostrauer Reviers hat ihre Vertrauensmänner beauftragt, bei den in nächster Zeit zwischen den Vertretern der Werke und der Arbeiterschaft zu erwartenden Verhandlungen die Forderung nach einer 20%igen Teuerungszulage zu erheben und mit allem Nachdruck zu vertreten. Am Mittwoch findet in Prag eine Sitzung der koalierten Bergarbeiterverbände statt, in der über die weiteren Schritte Beschlüsse gefaßt werden sollen.

Spiel und Sport.

Sp. **Der Stand des Berliner Sechstagerennens.** Das in tausend Jagden zermürbte Feld wurde in der fünften Nacht von dem französischen Paar Wambst—Lacquehay völlig zersprengt und in Fetzen gerissen. In wilden Jagden überrundeten die Franzosen dreimal das Feld, nur Aerts—van Hevel und Junge—Marcillac kamen mit zweifacher Überrundung etwas glimpflicher davon. Die vollkommen erschöpften Miethe und Behrendt gaben das Rennen auf; ihre Partner Koch und Tietz wurden zu einer neuen Mannschaft zusammengetan, die mit vier Runden Rückstand in das Rennen eingereiht wurde. Die 15 Runden zurückliegenden Fricke—Verschaeren wurden aus dem Rennen genommen. Der Stand des Rennens ist: Wambst—Lacquehay; zwei Runden zurück: Junge—Marcillac; vier Runden zurück: Tietz—Koch, Aerts—van Hevel; sechs Runden zurück: Huschke—Tonani; acht Runden zurück: Knappe—Rieger; zwölf Runden zurück: Gottfried—Nebe, Horder—Horan.

Sp. **Zwei neue deutsche Schwimmrekorde** hat Heinrich-Leipzig im Magdeburger Wilhelmsbade im Freistilschwimmen über 300 Meter mit der Zeit 3:53,2 und über 500 Meter mit der Zeit 6:50,4 aufgestellt. — Den Weltrekord im 400-Yards-Freistilschwimmen hat Arne Borg in Stockholm auf 4:27 verbessert.

Sp. **Die Turnausschußsitzung der Deutschen Turnerschaft** am 13. und 14. November in Mühlhausen (Thüringen) wird sich vor allem mit der Beratung des Arbeitsplanes 1927, dem Deutschen Turnfest 1928 in Köln, der Neugestaltung der Wettkampfbestimmungen und des Vereinsbetriebes, dem Verhältnis der D. T. zum Deutschen Reichsausschuß und der vielumstrittenen Frage der Teilnahme der D. T. an den Olympischen Spielen zu befassen haben.

Börse und Handel.

Amtliche Berliner Notierungen vom 9. November.

✱ **Börsenbericht.** Es trat eine weitere Verflauung ein und nach mehrfachen Schwankungen stellten sich die Kurse auf fast sämtlichen Marktgebieten teilweise nicht unerheblich niedriger. Im Gegensatz zur sonstigen Börsenhaltung befand sich der Geldmarkt weiter in sehr günstiger Verfassung, tägliches Geld 4—6 %, monatliches Geld 5,75—7 %.

✱ **Devisenbörse.** Dollar 4,20—4,21; engl. Pfund 20,39—20,44; holl. Gulden 168,17—168,59; Danz. 81,49 bis 81,60; franz. Frank 13,69—13,73; schweiz. 81,09 bis 81,29; Belg. 58,58—58,72; Italien 17,66—17,70; schwed. Krone 112,28—112,56; dän. 111,91—112,19; norweg. 105,22 bis 105,48; tschech. 12,45—12,49; österr. Schilling 59,29 bis 59,43.

✱ **Bankenvertrustung in der Provinz?** Wie verlautet, ist in einer der regelmäßigen Filialdirektorenversammlungen von einer Berliner Großbank vorgeschlagen worden, zur Verminderung der Unkosten in einer Anzahl von Städten sämtliche Großbankfilialen aufzulösen. An ihrer Stelle sollen von den beteiligten Großbanken neue Provinzbanken gegründet werden, deren Aktien quotenmäßig je nach der Bedeutung ihres bisherigen Platzgeschäftes von den Gründern übernommen werden. Bis zur Verwirklichung des Projektes dürfte es bei dem zu erwartenden Widerstand der meisten Großbanken noch gute Weile haben.

✱ **Produktenbörse.** Die Haltung des Getreidemarktes war sichtlich ruhiger. In Amerika hatte Winnipeg Feiertag und deshalb legte man den festeren Chikagoer Meldungen wenig Gewicht bei. Liverpool zeigte mattere Anfangskurse. Von unserem Inlande waren die Offerten von Brotgetreide ebenso knapp wie bisher, doch schien die Kauflust auch vorsichtiger geworden zu sein. Im Zeitgeschäft prägten sich diese Verhältnisse in einer leichten Preisabschwächung aus. Beim Roggen haben die amerikanischen Offerten von Westernroggen an die Mühlen der Nordseeküste, Sachsens und vereinzelt auch nach hier, ebenso wie nach Holland zu Abschlüssen geführt. Es handelt sich um 77 bis 78 Kilogramm schwere Ware, die zu Mischungszwecken gebraucht wird. Inlandsware blieb knapp, doch war die Frage ruhiger geworden. Lieferung nicht viel verändert. Gerste still, in mittleren Sorten besser behauptet. Hafer bei kleinem Angebot weiter fest. Mehl in Weizenmehl still, auch in Roggenmehl weniger lebhaft.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark:

	9. 11.	8. 11.		9. 11.	8. 11.
Weiz., märk.	278-281	278-281	Weizkl. f. Brl.	12	12
pommersch	—	—	Rogkl. f. Brl.	11,7	11,7
Rogg., märk.	228-233	228-233	Raps	—	—
pommersch	—	—	Leinsaat	—	—
westpreuß.	—	—	Vikt.-Erbsen	58-68	58-68
Braugerste	220-260	220-260	kl. Speiseerbs.	40-44	40-42
Futtergerste	195-208	195-208	Futtererbsen	22-26	22-26
Hafer, märk.	185-199	182-197	Peluschken	21-22	21-22
pommersch	—	—	Ackerbohnen	21-23	21-23
westpreuß.			Wicken	25-26	25-26
Weizenmehl			Lupin., blaue	13-14	13-14
p. 100 kg fr.			Lupin., gelbe	14-15	14-15
Bln. br. inkl.			Seradella	—	—
Sack (feinst.			Rapskuchen	16,1-16,3	16,0-16,2
Mrk. ü. Not.	36,2-39,2	36,2-39,2	Leinkuchen	20,6-20,8	20,6-20,8
Roggenmehl			Trockenschtzl.	9,7-9,9	9,7-10
p. 100 kg fr.			Soya-Schrot	19,3-19,6	19,3-19,6
Berlin br.			Torfml. 30/70	—	—
inkl. Sack	33,0-34,2	33,0-34,7	Kartoffelflck.	24,5-24,7	24,3-24,5

✱ **Heu- und Strohnotierungen** (Erzeugerpreise) pro 50 Kilogramm ab märkischer Station für den Berliner Markt (in Reichsmark): Quadratballen drahtgepr. Roggenstroh 1,15—1,50, desgl. Haferstroh 0,95—1,25, desgl. Gerstenstroh 0,90—1,25, desgl. Weizenstroh 1,05—1,35, Roggenlangstroh 1,80—2,10, bindfadengepreßtes Roggen- und Weizenstroh 1,20—1,55, Häcksel 2,25 bis 2,50, handelsübl. Heu 1,25—2,25, gutes Heu 3,00—3,70, Kleeheu lose 3,60—4,10.

✱ **Butterpreise** im Verkehr zwischen Erzeuger und Großhandel. Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: 1. Qualität 170, 2. Qualität 146, abfallende Sorten 122 Mark. Tendenz: Stetig.

✱ **Die französische Industrie klagt über Exportschwierigkeiten.** Poincaré empfing die Vertreter der nordfranzösischen Textilindustrie, die ihm ihre schwierige Lage schilderten, da ihr Auslandsabsatz durch die Steigerung des Frankenschwerleide. Poincaré erklärte sich bereit, den Klagen der Textilindustrie bei seinen finanzpolitischen Plänen Rechnung zu tragen.

Vereins-Kalender

Volksbibliothek Bad Warmbrunn. Bücherausgabe am Montag von 3,30—4,30 Uhr.

Schützengilde. Jeden Mittwoch von 3 Uhr nachmittags ab Schießen auf dem Scholzenberg.

M.-G.-V. „Harmonie". Jeden Freitag abends 8 Uhr Singstunde im „Goldenen Löwen".

Stenographenverein „Stolze-Schrey". Jeden Donnerstag abend von 8 Uhr ab Uebungsabend in der Evangelischen Schule.

Niederschlesische Buchhaltungs- Revisions- u. Treuhandgesellschaf
Wähner & Co.
Inhaber:
Wähner Bücherrevisor — **Ziegler** Bücherrevisor bisher Obersteuerinspektor u. amtl. Buchprüfer — **Sachse** Steueramtmann a. D.
Filiale Hirschberg, Promen., 3. h. Telefon 1023
Sachverständige Ausführung
von
Buchführungsarbeiten, Bücherrevisionen, Bilanzen, Ordnen rückständiger Bücher, Einrichtung moderner Buchführungen, laufendes Führen der Geschäftsbücher.
Spezialität:
Steuerberatung • Steuerbearbeitung • Steuervertretung
Streng vertrauliche und gewissenhafte Ausführung übernommener Aufträge.

Vorteilhaftes Angebot.
Tischdecken
Seidenrupfen 130/130, Mark 3.90, 3.75. Leinen mit Rand 90/90, Mark 1. Künstlerdecken gemalt, 90/90, Mark 1.75, 1.50.
Bettvorleger
50/100 Mark 3.50, 2.90, 1.50.
Läuterstoffe
Mtr. Mark 5.90, 2.25.
Hermann Junge,
Bad Warmbrunn, Schlosspl. 15.